

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 23.10.2008 um 18.40 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Günther
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May
Stadtrat E. Müller
Stadtrat M. Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank
Stadträtin Schwab
Stadtrat Stiller
Stadträtin Stocker
Stadtrat Weiglein_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Heisel
Stadträtin Glos
Stadträtin Kahnt
Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag
Bürgermeisterin Regan
Stadträtin Wachter
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof
Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt
Stadtrat Pauluhn

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm
Stadtrat Schardt

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sichershausen)
Herr Pfreninger (Hoheim)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Rechtsrätin Schmöger
Oberamtsrat Hartner (bis Ziffer 4)
Frau Noormann (bis Ziffer 11)

Stadtplaner Neumann (bis Ziffer 11)
Verwaltungsangestellte Heger (bis Ziffer 5)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Moser

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Vortrag von Berufsmäßigen Stadtrat Rodamer zum Kurzbericht der finanziellen Situation der Stadt Kitzingen

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht ausführlich auf die geänderte finanzielle Situation aufgrund der Finanzkrise ein. Im Verwaltungshaushalt sei dies im Wesentlichen bei den Gewerbesteuereinnahmen sowie der Zuführung zum Vermögenshaushalt sichtbar. Nachdem die Gewerbesteuereinnahmen nicht annähernd auf dem Niveau der Jahre 2007 und 2008 bestehen bleiben werden (Rückgang von 11,6 Mio. € auf rd. 4,5 Mio. € in 2009/2010) könne die Pflichtzuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe von 2,0 Mio. € in den nächsten drei Jahren nicht eingehalten werden. Es müssen vielmehr in 2009/2010 atypische Zuführungen vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt erfolgen. Im Folgenden geht er auf den Vermögenshaushalt ein und stellt dar, dass alle Maßnahmen, die sich derzeit in Planung und Bau befinden, bis Ende 2011 fertiggestellt sein sollten. Darüber hinaus ist das Setzen einer Prioritätenliste Voraussetzung für eine leistungsfähige Aufstellung des Haushalts- bzw. Finanzplanes sowie des Erhalts der dauerhaften Leistungsfähigkeit.
Die Ausführungen von Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer liegen der Niederschrift als wesentliche Anlage bei.

2. Abrechnung des Musikschulbudgets für das Haushaltsjahr 2007; Übertragung nicht verbrauchter Mittel

Ohne Abstimmung

Die im Haushaltsjahr 2007 nicht verbrauchten Mittel i. H. v. 34.813,27 € werden laut Budgetrichtlinien zu 70% i. H. v. 24.369,29 € erneut bereitgestellt:

3. Budgetübertrag 2007 Alte Synagoge Kitzingen

Ohne Abstimmung

Der mögliche Übertrag in Höhe von 12.645,00€ (70%) wird in das HHJ 2008 übertragen.

4. Budgetübertrag 2007 Volkshochschule Kitzingen

Ohne Abstimmung.

Der im HHJ 2007 erwirtschaftete Budgetüberschuss in Höhe von 20.255€ (70%) wird in das HHJ 2008 übertragen. Für das Jahr 2009 werden 6.000,00€ für die Erhöhung von Dozenten honorare (HHST. 3501.4168) in den Verwaltungshaushalt eingestellt. 9.000,00€ werden im Vermögenshaushalt im HHJ 2008 für bewegliches Vermögen eingestellt.

5. Neufassung der Budgetierungsrichtlinien

A. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht kurz auf den Sachvortrag ein und stellt dar, dass man die Sachgebiet-Budgets für den Verwaltungshaushalt abschaffen möchte, nachdem man hierbei keinerlei Handlungsspielraum habe, weil ca. 95 % der Budgetausgaben Personalkosten seien.

Stadtrat Weiglein fragt nach, wie man diese Stellen dann überwachen werde, worauf Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer darstellt, dass man diese Stellen über den städtischen Haushalt überwache.

Stadtrat Weiglein äußert sich kritisch zu diesem Vorgehen und weist darauf hin, dass deshalb die CSU dagegen stimmen werde.

B. Mit 26 : 4 Stimmen

1. Den in der Anlage (1) beigefügten "Budgetierungsrichtlinien" wird zugestimmt, sie treten zum 01.11.2008 in Kraft. Gleichzeitig treten die Richtlinien für die Durchführung der Budgetierung vom 16.12.1999, zuletzt geändert mit Ausfertigung vom 25.08.2006 außer Kraft.

2. Den in der Anlage (2) aufgelisteten Budgets des Verwaltungshaushalts 2009 wird zugestimmt.

3. Der Auflösung der in der Anlage (3) aufgelisteten Budgets wird zugestimmt.

4. Von den nach Ämtern ausgewiesenen Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushalts (Anlage 4) wird Kenntnis genommen.

6. Flugplatz Kitzingen:

Sonderlandeplatz

A. Eingangs verweist Oberbürgermeister Müller auf die nichtöffentliche Sondersitzung des Stadtrates vom 09.10.2008, in der diese Angelegenheit ausführlich diskutiert wurde. Nachdem bereits die erste Beratung in öffentlicher Sitzung erfolgte, kam man mehrheitlich überein, den Beschluss ohne Diskussion in heutiger Sitzung zu fassen.

Bezüglich des Antrages der KIK vom 18.10.2008 erklärt Oberbürgermeister Müller, dass dieser im Rahmen der Beschlussfassung hinsichtlich der Betreibergesellschaft behandelt werde. Darüber hinaus verweist er auf die vorliegende Stellungnahme der Firma CDM zu den einzelnen Punkten des Antrags von 2. Bürgermeister Christof.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- und gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt ist der Auffassung, dass für Kitzingen lediglich der Sonderlandeplatz in Frage komme. Nach der Beschlussfassung sollte das Verfahren schnellst-

möglich angegangen werden. Ebenso die Entscheidung und die Vorarbeiten hinsichtlich der Betreibergesellschaft. Im Verfahren bittet die UsW die notwendige Bürgerbeteiligung durchzuführen und dabei auch auf die Nachbargemeinden zuzugehen.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Schwab spricht sich für den Sonderlandeplatz aus, um die optimalen Chancen für die Stadt Kitzingen zu wahren.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul teilt mit, dass sich die SPD für den Sonderlandeplatz ausspricht, um somit die Attraktivität des Standortes Kitzingen wahren zu können. Sie spricht jedoch ihren Unmut gegenüber der Firma CDM aus, nachdem sie die Erfüllung des Auftrages in einzelnen Punkten (u. a. Investorensuche) anzweifelt und spricht dabei das Vorgehen hinsichtlich der Firma Knauf an.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp spricht sich in vollem Umfang für die Betreibergesellschaft und den Sonderlandeplatz aus. Sie hofft, dass das Verfahren schnell voran gehe, auf die Unterstützung der BIMA und auf zukunftssichere Investoren.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof drückt seinen Unmut darüber aus, dass die Beschlussfassung hinsichtlich des Sonderlandeplatzes sowie die Gründung der Betreibergesellschaft getrennt werde. Man wisse nicht, wer an der Spitze der Gesellschaft sei, wer die Entscheidungen treffe und nehme somit dem Stadtrat möglicherweise das Mitspracherecht in der Gesellschaft. Er verweist auf die defizitäre Wirtschaftlichkeitsberechnung und gibt zu Bedenken, ob eine Kommune wissentlich einen solchen Weg gehen dürfe. 2. Bürgermeister Christof stellt das Gutachten der Start-Landebahn in Frage, das seiner Auffassung nach nur auf einer Hochrechnung basiere. Abschließend bemängelt er die Art und Weise der Bürgerbeteiligung und verweist auf die mehrheitlich ablehnende Haltung in der Bevölkerung. Seiner Auffassung nach müsse man zunächst die Bürgerbeteiligung durchführen bevor der heutige Beschluss gefasst werde. Hierüber bittet er abzustimmen.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt verweist auf den Vortag von Berufsmäßigen Stadtrat Rodamer zu Beginn der Sitzung, laut dem aufgrund der Finanzkrise lediglich die dringenden Vorhaben umgesetzt werden sollten. Ihrer Auffassung nach müsste man zunächst eine Prioritätenliste erstellen, bevor eine solche weitreichende Beschlussfassung erfolge. Sie spricht ihren Unmut über das Gutachten der Start-Landebahn, über die Wirtschaftlichkeitsberechnung sowie über das Vorgehen aus und könne deshalb aufgrund der vielen Unabwägbarkeiten nicht zustimmen. Stadträtin Schmidt stellt abschließend den Antrag auf namentliche Abstimmung.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm ist der Auffassung, dass man sich das Flugrecht nicht aus der Hand geben dürfe und deshalb die Chance auf einen Sonderlandeplatz Kitzingen nutzen sollte. Der später zu gründenden Betreibergesellschaft könne er nicht zustimmen. Dabei könne er sich auch andere Formen vorstellen, was zu gegebenen Zeitpunkt zu diskutieren wäre.

C. Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung hinsichtlich des Antrages von Stadträtin Schmidt auf namentliche Abstimmung.

D. Mit 24 : 6 Stimmen

Dem Antrag auf namentliche Abstimmung von Stadträtin Schmidt wird stattgegeben.

- E. 2. Bürgermeister Christof stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, dass zunächst über seinen Antrag, die Angelegenheit heute abzusetzen und bis zur Vorlage der fehlenden Unterlagen die Bürgerbeteiligung durchzuführen, entschieden werden müsse, bevor über den Beschlussentwurf abgestimmt werde.
Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung.

F. Mit 6 : 24 Stimmen

Dem Antrag von 2. Bürgermeister Christof wird stattgegeben.

- G. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass somit der Antrag abgelehnt wurde. Der Antrag der KIK werde im Rahmen der Gründung der Betreibergesellschaft behandelt. Im Folgenden entsteht eine Diskussion, weil Oberbürgermeister Müller keine weiteren Wortmeldungen zulässt. 2. Bürgermeister Christof bezweifelt, ob dies rechtlich möglich sei und gibt zu Bedenken, dass hierüber kein Beschluss gefasst wurde.
Oberbürgermeister Müller verweist darauf, dass in der nichtöffentlichen Sondersitzung mehrheitlich Einigkeit hinsichtlich des Vorgehens bestand. Persönliche Abstimmungs- erklärung könnten nach der Beschlussfassung noch erfolgen.

- H. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer fragt im Folgenden nach dem Abstimmungsverhalten.

Stadtrat Ferenczy	Ja
Stadtrat Günther	Ja
Stadtrat Lorenz	Ja
Stadtrat May	Ja
Stadtrat E. Müller	Ja
Stadtrat M. Müller	Ja
Stadträtin Richter	Ja
Stadtrat Schmidt	Ja
Stadtrat Rank	Ja
Stadträtin Schwab	Ja
Stadtrat Stiller	Ja
Stadträtin Stocker	Ja
Stadtrat Weiglein	Ja
Stadträtin Dr. Endres-Paul	Ja
Stadtrat Heisel	Ja
Stadträtin Glos	Ja
Stadträtin Kahnt	Ja
Stadtrat Sycha	Ja
Stadtrat Haag	Ja
Bürgermeisterin Regan	Ja
Stadträtin Wachter	Ja
Stadträtin Wallrapp	Ja
2. Bürgermeister Christof	Nein
Stadtrat Konrad	Nein
Stadtrat Popp	Nein

Stadträtin Schmidt	Nein
Stadtrat Pauluhn	Nein
Stadtrat Böhm	Ja
Stadtrat Schardt	Ja
Oberbürgermeister Müller	Ja

I. Mit 25 : 5 Stimmen

1. Die Beschlüsse des Stadtrates vom 20.09.2007 und 21.02.2008 werden, soweit es den Verkehrslandeplatz (VLP) betrifft, aufgehoben.
2. Der Antrag auf luftrechtliche Genehmigung eines Verkehrslandesplatzes (VLP) in Verbindung eines Luftraums F beim Luftamt Nordbayern wird zurück genommen. Der Antrag auf luftrechtliche Genehmigung eines Sonderlandeplatzes (SLP) bleibt bestehen.

7. Teilfortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK): Prioritätensetzung und weiteres Vorgehen bei der Beplanung und Erschließung der Konversionsflächen

- A. Oberbürgermeister Müller fragt nach, ob der Beschluss hinsichtlich der Teilfortschreibung des ISEK gefasst werden könne.
- Stadtrat Heisel stellt fest, dass die BIMA in der Vermarktung eine andere Vorgehensweise befürworte und ist der Auffassung, dass man keine starre Priorisierung festlegen sollte, sondern flexibel auf die Investorenanfragen reagieren müsse. Er habe Bedenken, dass bei eingehenden Anfragen, die nicht in die Prioritätenliste passen, auf den dann bestehenden Stadtratsbeschluss verwiesen werde.
- Oberbürgermeister Müller erklärt, dass man bei einer flexiblen Vorgehensweise die gesamte Erschließung vorhalten müsse und daher nicht wirtschaftlich sei. Er stellt dar, dass die Prioritätenliste eine Leitlinie bei den Gesprächen mit der BIMA darstelle. Darüber hinaus könne man auch bei der Festlegung der Prioritätenliste auf etwaige Investorenanfragen flexibel handeln.
- Stadtrat Weiglein kritisiert, dass die Erschließung als Argument diene. Aufgrund des Baugesetzbuchs müsse bei Bauvorhaben die Stadt die gesicherte Erschließung prüfen, sie jedoch nicht automatisch vorhalten. Außerdem warnt Stadtrat Weiglein davor, sofort Bebauungspläne über die Flächen zu legen, nachdem hierbei ebenfalls die Erschließung nachzuweisen ist. Er fragt nach, weshalb die Verwaltung nicht die Instrumente des Baugesetzbuches (u.a. städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen) anwendet, bei denen ein Fahrplan für derartige Maßnahmen dargelegt werde.
- Stadtrat Popp möchte wissen, wie die Aussage „entsprechende Personalausstattung“ in der Vorlage zu verstehen sei.
- Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass dies nicht für die nächsten zwei bis drei Jahre gelte. Jedoch sei ein entsprechenden Personalausstattung bei einer mittel bzw. langfristigen Entwicklung notwendig.
- Berufsmäßiger Stadtrat Groß ergänzt, dass es sich dabei hauptsächlich um Techniker aufgrund des gewachsenen Straßen- bzw. Kanalnetzes handle.

B. Mit 20 : 10 Stimmen

1. Der Stadtrat nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis.

2. Der Stadtrat beschließt die grundsätzliche Prioritätensetzung und Entwicklungsrichtungen bei Planung und Erschließung der Konversionsflächen gemäß Teilfortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) vom 01.09.2008.

8. Antrag: Konversion in Kitzingen

Bildung einer verwaltungsinternen Konzeptgruppe und Benennung einer Projektbeauftragten

Antrag der UsW vom 27.09.2008

Ohne Abstimmung

1. Der Sachvortrag wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag der UsW zur Bildung einer verwaltungsinternen Konzeptgruppe und Benennung einer Projektbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

9. Antrag: Neue Beschlussvorlage zum Thema "Soziale Stadt": Bürgerbefragung Kitzingen-Siedlung

Antrag der SPD vom 01.10.2008

Ohne Abstimmung

1. Der Sachvortrag wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag der SPD wird zur Kenntnis genommen.

10. Bebauungsplan Nr. 90 „Solarpark Steinhügel-Kalpertsbrunn, 2. Bauabschnitt“, Aufstellungsbeschluss

Mit 30 : 0 Stimmen

1. Der Stadtrat nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 90 „Solarpark Steinhügel-Kalpertsbrunn, 2. Bauabschnitt“, betreffend die Flur-Nummern 2372 und 2373 der Gemarkung Repperndorf. Ziel der Planung ist die Errichtung von Solaranlagen westlich von Repperndorf als Erweiterung zum 1. Bauabschnitt.

11. Umgestaltung Mainpromenade, Bauabschnitt II

(Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich).

A. Mit 19 : 10 Stimmen

Der Stadtrat beschließt die Ausführung der Steganlage als Metall-/ Steinkonstruktion.

B. Mit 22 : 7 Stimmen

Unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Stadtrates vom 07.10.2008 und des Punktes 2. beschließt der Stadtrat grundsätzlich die vorgelegten Maßnahmen zur Umgestaltung des 2. Bauabschnittes der Mainpromenade. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfs Zuschussanträge zu stellen und die Ausschreibung der Maßnahme vorzubereiten.

C. Mit 19 : 10 Stimmen

Der Stadtrat beschließt die Anmietung von Tiefgaragenstellplätzen für die betroffenen Anwohner während der Bauphase, sofern dies noch notwendig ist.

D. Mit 28 : 1 Stimmen

Die Öffentlichkeit ist über die Inhalte der Planung zu informieren.

12. Betriebsführung Aqua-Sole Kitzingen
Preise, Öffnungszeiten, Wirtschaftlichkeitsprognose

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf die Sitzungsvorlage und den ergänzten Antrag der ödp. Er schlägt vor, dass bei der Familienkarte „zwei Kinder“ gestrichen werde. Darüber hinaus werde neben der Tageskarte für Familien eine weitere 4 Std. Karte für 14,00 € eingeführt, damit die Familien nicht an einen Tag gebunden sind.

B. Mit 30 : 0 Stimmen

1. Es wird davon Kenntnis genommen, dass der Aufsichtsrat der Stadtbetriebe Kitzingen GmbH in seiner Sitzung vom 02.10.2008 mehrheitlich den durch die DSBG vorgeschlagenen Preisen und Öffnungszeiten zugestimmt hat.
Er hat von den sich aus der erstellten Wirtschaftlichkeitsprognose ergebenden Defiziten zustimmend Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis mit dem durch die DSBG vorgeschlagenen Preisen, Öffnungszeiten und den prognostizierten Defiziten.
Folgende Änderungen sind vorzunehmen:
 - Streichung von „zwei Kindern“ bei der Familienkarte
 - Einführung der Familienkarte für 4 Std. für 14,00 €

13. Generalsanierung der D. Paul-Eber-Schule;
Zuweisung nach Art. 10 FAG
Maßnahmevereinbarung

Mit 30 : 0 Stimmen

Der Unterzeichnung der Maßnahmevereinbarung mit der Regierung von Unterfranken zur Generalsanierung der D. Paul-Eber-Schule wird zugestimmt.

14. Integrationsbeirat;
hier: Beiratsordnung

A. Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die Beiratsordnung seitens des Stadtrates genehmigt werden müsse. Darüber hinaus verweist er auf den Antrag der öpd und der KIK, wonach verschiedene Punkte der Beiratsordnung ergänzt werden sollten. Er stellt dar, dass dies nicht Angelegenheit des Stadtrates sei, sondern dies im Rahmen des Integrationsbeirates diskutiert und ggf. geändert werden müsste. Stadträtin Glos als Vorsitzende des Integrationsbeirates nimmt zum Antrag kurz Stellung und äußert ihren Unmut diesbezüglich, nachdem die Beiratsordnung lange vor der Sitzung den Mitgliedern mit der Bitte vorgelegen hat, bei etwaigen Änderunswünschen diese mitzuteilen. Nachdem die Antragsteller an der Sitzung

unentschuldig und ohne Entsendung eines Vertreters fehlten wurde die Beiratsordnung beschlossen. Einwandungen gingen vorher nicht ein. Stadtrat Pauluhn gibt den Ausfuhungen von StadtratIn Glos Recht, er sehe jedoch weiterhin Änderungsbedarf bei der Beiratsordnung. Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass dies im Rahmen des Ingegrationsbeirates geschehen müsse und bittet um Abstimmung.

Mit 28 : 2 Stimmen

Von der vorgelegten Beiratsordnung vom 17.09.2008 für den Integrationsbeirat wird zustimmend Kenntnis genommen.

15. Städtischer Bauhof "uere Sulzfelder Str. 16"
Errichtung einer Photovoltaikanlage
Auftragsvergabe

Ohne Abstimmung

Den Auftrag für die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf die Dächer des Städtischen Bauhofes erhält die Firma S & F (Solar & Fotovoltaik) Umwelttechnik GmbH in 97509 Kolitzheim.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.20 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer